



 **Universität Trier**



# **Nachhaltige Kommunalstrukturen in Rheinland-Pfalz**

## Projektergebnisse Phase 2

### Kooperation Bitburg-Land und Stadt Bitburg

Bitburg, 2. Februar 2011

FACHBEREICH IV – VOLKSWIRTSCHAFTSLEHRE

# Haftungsausschluss

Die vorliegende Unterlage dokumentiert eine umfassende Projektstudie zur Verbesserung der Nachhaltigkeit der Kommunalstrukturen im Eifelkreis Bitburg-Prüm und im Landkreis Vulkaneifel. Die Studie wurde im Zeitraum Februar 2010 bis Februar 2011 von einem Projektteam der Universität Trier erarbeitet. Die Arbeit des Projektteams wurde dabei von den Verwaltungen der beiden Landkreise in vielfältiger Weise unterstützt.

Die vorliegende Dokumentation ist ausschließlich für den Auftraggeber (Ministerium des Inneren und für Sport) bestimmt. Eine Weitergabe oder Veröffentlichung als Ganzes oder in Teilen ist ohne vorherige Zustimmung der Universität Trier unzulässig. Die Dokumentation ist ausschließlich im Zusammenhang mit dem mündlichen Vortrag ("Präsentation") als vollständig zu betrachten.

Die dokumentierten Kennzahlen und Auswertungen basieren primär auf Daten und Informationen, die seitens der Verbandsgemeinden des Landkreises Vulkaneifel und des Eifelkreises Bitburg-Prüm bzw. Dritten, zum Beispiel dem Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz, zur Verfügung gestellt wurden und nicht nochmals auf Richtigkeit durch die Universität Trier geprüft wurden. Enthaltene Abschätzungen und Planwerte basieren zum Teil auf subjektiven Urteilen, die nicht zwingend objektivierbar bzw. korrekt sein müssen.

Die Universität Trier hat alle gebotenen Anstrengungen unternommen, damit die in dieser Dokumentation enthaltenen Kennzahlen und Auswertungen möglichst vollständig und korrekt sind. Ferner wurde versucht, die Prämissen, unter denen die Ergebnisse der Studie zustande kamen, transparent und nachvollziehbar zu dokumentieren.

Es wird ausdrücklich zur Kenntnis genommen, dass andere Beurteiler bei Zugrundelegen gleicher bzw. vergleichbarer Prämissen zu abweichenden Ergebnissen und Urteilen kommen können oder dass andere Beurteiler die Berücksichtigung ergänzender inhaltlicher Sachverhalte als notwendig erachten können.

Die Universität Trier und deren Mitarbeiter geben weder ausdrücklich noch konkludent Gewährleistungen oder sonstige Zusicherungen, noch übernehmen sie soweit gesetzlich zulässig eine Haftung bezüglich der Richtigkeit, Genauigkeit oder Vollständigkeit der dargestellten Informationen oder übernehmen die Verantwortung für Schäden, Verluste oder Kosten (einschließlich mittelbarer oder unmittelbarer Verluste) in Folge von Fehlern oder Auslassungen in dieser Unterlage. Mit Annahme dieser Unterlage wird eine Einverständniserklärung zu den vorgenannten Beschränkungen gegeben.

Trier im Februar 2011  
Universität Trier

# Zusammenfassung

- Im Projekt Nachhaltige Kommunalstrukturen in Rheinland-Pfalz erarbeitete ein Team der Universität Trier für die Verbandsgemeinden des Landkreises Vulkaneifel und des Eifelkreises Bitburg-Prüm Strategien zur langfristigen Sicherung ihrer kommunalen Wirtschaftlichkeit.
- Die erste Projektphase betrachtete Kosteneinsparpotenziale, welche die Verbandsgemeinden aus eigener Kraft, also ohne Fusion, erzielen können und beinhaltete unter anderem Tiefenanalysen der Schulen und Feuerwehren.
- Es wurde insgesamt ein jährliches Einsparpotenzial von etwa 1,1 Mio. € und ein einmaliges Einsparpotenzial von etwa 7,5 Mio. € identifiziert.
- Die zweite Projektphase untersuchte verbandsgemeindeübergreifende Kooperationen und Fusionen.
- Hinsichtlich der Kooperationen in den Bereichen Grundschulen und Werke wurden Einsparpotenziale in Höhe von knapp 0,3 Mio. € jährlich und etwa 7,0 Mio. € einmalig identifiziert.
- Im Landkreis Vulkaneifel wurde ein Fusionsmodell favorisiert (Fusion VG Gerolstein, VG Obere Kyll und VG Hillesheim auf der einen Seite, Fusion VG Daun und VG Kelberg auf der anderen). Dieses Modell verspricht jährliche Einsparungen von etwa 1,6 Mio. €.
- Im Landkreis Bitburg-Prüm ergaben sich mehrere, wirtschaftlich ähnliche Fusionsmöglichkeiten. Das Einsparpotenzial würde bei jährlich 1,7 Mio. € liegen, wenn fusionierte Verbandsgemeinden bis zu 95 Ortsgemeinden umfassen dürften.
- Eine Mindestgröße von 300 Einwohnern für Ortsgemeinden hätte zahlreiche positive Effekte auf die wirtschaftliche Nachhaltigkeit der Verbandsgemeinden.

# Kurzdarstellung des Projektes und seiner Ergebnisse (1/7)

## Ausgangslage

Die finanzpolitischen und demografischen Perspektiven stellen die Kommunen in Deutschland vor große Herausforderungen. Es bedarf einer gemeinsamen Kraftanstrengung des Bundes, der Länder und der Kommunen, diese Herausforderungen zu meistern. Auf Seiten der Kommunen bedeutet dies Kostensenkungen, die über das gegenwärtig bereits erreichte Maß noch hinausgehen. Dabei ist über interne Maßnahmen, aber auch über Kooperationen und Fusionen von Verbandsgemeinden nachzudenken.

Um solche effizienzsteigernden Prozesse der Kommunen zu beschleunigen, hat die Landesregierung in Rheinland-Pfalz das 1. Landesgesetz zur Kommunal- und Verwaltungsreform verabschiedet. Im Zusammenhang mit diesem Gesetz haben sich die Landkreise Vulkaneifel und der Eifelkreis Bitburg-Prüm bereit erklärt, an einem Modellprojekt "Nachhaltige Kommunalstrukturen in Rheinland-Pfalz" mitzuwirken. Im Rahmen dieses Modellprojektes sollten aus wissenschaftlicher Perspektive die Möglichkeiten für eine Verbesserung der Nachhaltigkeit der kommunalen Strukturen in diesen beiden besonders dünn besiedelten Landkreisen ausgelotet werden. Im Januar 2010 wurde vom Ministerium des Inneren und für Sport ein Projektteam der Universität Trier mit der Durchführung des Modellprojektes betraut. Die Ergebnisse des Projektes sollten Anfang 2011 vorgelegt werden.

# Kurzdarstellung des Projektes und seiner Ergebnisse (2/7)

---

## Projekttablauf

Während der gesamten Projektdauer gab es einen intensiven Informationsaustausch zwischen dem Projektteam und den Verwaltungen der Verbandsgemeinden, dem Gemeinde- und Städtebund und dem Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz. Durch ihre hohe Kooperationsbereitschaft haben alle diese Institutionen dazu beigetragen, dass trotz des extrem knappen Zeitrahmens eine umfassende Untersuchung mit fundierten Empfehlungen erstellt werden konnte.

Das Gesamtprojekt wurde in zwei aufeinander aufbauenden Phasen abgewickelt. Während der ersten Phase ging das Projektteam der Frage nach, in welchem Ausmaß die untersuchten Verbandsgemeinden ihre Haushaltssituation aus eigener Kraft - also ohne eine gemeindeübergreifende Kooperation oder Fusion - spürbar verbessern könnten. Die zweite Projektphase untersuchte die Einsparpotenziale, die sich aus verbandsgemeindeübergreifenden Kooperationen und Fusionen ergeben würden.

# Kurzdarstellung des Projektes und seiner Ergebnisse (3/7)

---

## Ergebnisse der Projektphase 1

Im Rahmen der Phase 1 wurden in den jeweiligen Verbandsgemeinden die Strukturen der Schulen, Feuerwehren und Gremien untersucht. Ergänzt wurden diese Arbeiten durch insgesamt 20 individuelle Sonderuntersuchungen. Dabei wurde deutlich, dass die Verbandsgemeinden in der Vergangenheit erhebliche Anstrengungen unternommen haben, um ihre Verwaltungseffizienz kontinuierlich zu steigern. Im Rahmen der Projektanalyse wurde insgesamt ein jährliches Einsparungspotenzial in Höhe von etwa 0,9 - 1,1 Mio. € und ein einmaligen Einsparungspotenzial investiver Kosten in Höhe von etwa 7,3 - 7,5 Mio. € identifiziert.

# Kurzdarstellung des Projektes und seiner Ergebnisse (4/7)

## **Größere Einheiten besitzen Kostenvorteile**

Theoretische Überlegungen und praktische Erfahrungen der Vergangenheit lassen vermuten, dass bei der Bereitstellung kommunaler Leistungen sogenannte "Skalenvorteile" bestehen, also größere Verbandsgemeinden ihre Leistungen zu geringeren Durchschnittskosten erbringen als kleinere Verbandsgemeinden. Um die vermuteten Skalenvorteile zu überprüfen, wurde auf Basis detaillierter Daten des Statistischen Landesamtes eine ökonometrische Analyse für die Verbandsgemeinden in Rheinland-Pfalz durchgeführt. Die Analyse zeigte auf, dass solche Skalenvorteile tatsächlich existieren und dass sie substantiell sind. Dieses Resultat war der Ausgangspunkt für Phase 2 des Projektes, also der Betrachtung verbandsübergreifender Kooperationen und Fusionen.

## **Ergebnisse der Kooperationsuntersuchungen aus Projektphase 2**

Es wurden interkommunale Kooperationen in den Bereichen Grundschulen und Werke betrachtet. Zusätzlich zu internen Einsparungsmöglichkeiten der Verbandsgemeinden, welche in der Projektphase 1 identifiziert wurden, konnten weitere Einsparungsmöglichkeiten Höhe von knapp 0,3 Mio. € jährlich und etwa 7,0 Mio. € einmalig aufgedeckt werden (ohne Kooperation zwischen VG Bitburg-Land und Stadt Bitburg). Weitergehende Einsparungen können erzielt werden, wenn die Verbandsgemeinden über die Kooperationen hinausgehen und sich zu einer Fusion entschließen.

# Kurzdarstellung des Projektes und seiner Ergebnisse (5/7)

## Vorgehen der Fusionsuntersuchungen

Der Hauptteil der Projektphase 2 widmete sich möglichen Fusionsmodellen für die Verbandsgemeinden des Landkreises Vulkaneifel und des Eifelkreises Bitburg-Prüm. Zunächst wurden 32 unterschiedliche Fusionsmodelle für die Vulkaneifel und 162 Fusionsmodelle für Bitburg-Prüm entworfen. In einem Filterprozess wurden diverse quantitative und qualitative Kriterien herangezogen, um aus den 194 Fusionsmodellen die besonders attraktiven zu identifizieren.

## Ergebnisse der Fusionsuntersuchungen im Landkreis Vulkaneifel

Für den Landkreis Vulkaneifel ergab sich ein recht klares Bild. Das aus wirtschaftlicher Sicht mit großem Abstand attraktivste Szenario sieht eine Fusion der Verbandsgemeinden Hillesheim, Obere Kyll und Gerolstein und gleichzeitig eine Fusion der Verbandsgemeinden Daun und Kelberg vor. Dieses Fusionsszenario führt insgesamt zu jährlichen Einsparungen in Höhe von 1,6 Mio. €. Der Verzicht auf die Fusion Kelberg-Daun würde für diese beiden Verbandsgemeinden einen jährlichen Verlust von 0,5 Mio. € bedeuten. Dieser Verlust würde sich auch ergeben, wenn die fusionierten Verbandsgemeinden Obere Kyll und Hillesheim nicht mit Gerolstein fusionierten.



# Kurzdarstellung des Projektes und seiner Ergebnisse (6/7)

## **Ergebnisse der Fusionsuntersuchungen im Eifelkreis Bitburg-Prüm**

Es wird empfohlen, die Mindesteinwohnerzahl für Ortsgemeinden spürbar anzuheben und damit die Zahl der Ortsgemeinden deutlich zu senken. Dann wären auch Fusionen umsetzbar, die nach heutigem Stand bis zu 95 Ortsgemeinden umfassen würden. Die beiden mit Abstand attraktivsten Fusionsmodelle würden jährliche Einsparungen in Höhe von 1,7 Mio. € ermöglichen. In dem einen Modell (maximal 81 Ortsgemeinden) fusionieren Bitburg-Land, Kyllburg und Speicher bei gleichzeitiger Fusion des nördlichen Neuerburgs mit Arzfeld und des südlichen Neuerburgs mit Irrel. In dem anderen Modell (maximal 92 Ortsgemeinden) fusionieren Arzfeld und Neuerburg bei gleichzeitiger Fusion von Irrel, Bitburg-Land und Kyllburg sowie einer Ausdehnung von Speicher.

Wenn man für die zulässigen Fusionsmodelle hingegen eine Obergrenze von „unter 75 Ortsgemeinden je Verbandsgemeinde“ setzt, gehen den Verbandsgemeinden des Landkreises jährlich mindestens 0,7 Mio. € an Einsparungen verloren. Die unter dieser Einschränkung drei attraktivsten Fusionsmodelle laufen alle auf eine Neugliederung von Kyllburg und Speicher bei gleichzeitiger Aufteilung von Irrel auf Bitburg-Land und Neuerburg hinaus.

# Kurzdarstellung des Projektes und seiner Ergebnisse (7/7)

## Summe der Einsparungspotenziale

Eine Umsetzung aller in den Projektphasen 1 und 2 vorgeschlagenen Optimierungsansätze ergibt bei den jährlichen Kosten ein mögliches Einsparpotenzial von insgesamt 3,7 - 4,4 Mio. € und bei den investiven Kosten ein Einsparpotenzial von 7,9 - 13,3 Mio. €. Diese Beträge sind konservative Einschätzungen.

## Fazit und Ausblick

Die Fusion von Ortsgemeinden und Verbandsgemeinden führt im Landkreis Vulkaneifel und im Eifelkreis Bitburg-Prüm zu größeren und vor allem wirtschaftlicheren Einheiten. Diese Effekte würden sich bei entsprechenden Fusionen auch in anderen Landkreisen in Rheinland-Pfalz einstellen. Gleichzeitig würde die Zahl der Verbandsgemeinden pro Landkreis stark sinken. Vor diesem Hintergrund erscheint ein Neuzuschnitt zahlreicher Landkreise in Rheinland-Pfalz empfehlenswert.

# Abkürzungsverzeichnis

<b>1. KVR-GE</b>	<b>1. Landesgesetz zur Kommunal- und Verwaltungsreform RLP</b>
<b>BP</b>	<b>Eifelkreis Bitburg-Prüm</b>
<b>EW</b>	<b>Einwohner</b>
<b>GStB</b>	<b>Gemeinde- und Städtebund</b>
<b>LK</b>	<b>Landkreise</b>
<b>OGn</b>	<b>Ortsgemeinden</b>
<b>RLP</b>	<b>Rheinland-Pfalz</b>
<b>StLA RLP</b>	<b>Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz</b>
<b>VE</b>	<b>Landkreis Vulkaneifel</b>
<b>VGn</b>	<b>Verbandsgemeinden</b>
<b>VZK</b>	<b>Vollzeitkraft</b>



*Wenn dieses Symbol auf einer Seite abgebildet ist, sind weitere Information in der Anlage zu finden*

# Im Rahmen der KVR sind Bitburg-Land und Stadt Bitburg aufgefordert eine Kooperation einzugehen

## Landesregierung erwartet eine Kooperation in Bitburg

- "In den Fällen, in denen mehrere **Kommunalverwaltungen** mit zumindest teilweise **gleichen Aufgaben** der örtlichen Ebene ihren **Sitz in derselben Stadt** haben, sollen deren Kommunalverwaltungen möglichst **umfassend kooperieren.**"
- "Bei einer **Zusammenführung der Wahrnehmung von staatlichen Aufgaben** (Auftragsangelegenheiten) oder **Selbstverwaltungsaufgaben übt eine Kommunalverwaltung diese Aufgaben auch für das Gebiet der anderen Kommune aus.**"
- Hierbei würde eine "**Regelung durch eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung** oder durch **Gesetz oder Rechtsverordnung** (letzteres nur für die staatlichen Aufgaben)"

## Anreize bestehen, aber auch gesetzliche Konsequenzen ab 2013

- "Die Landesregierung wird derartige **Kooperationen** der Kommunalverwaltungen mit Sitz in derselben Stadt durch **finanzielle Anreize** fördern."
- "Die Landesregierung strebt für **Auftragsangelegenheiten** (staatliche Angelegenheiten), die **bis 2012 nicht auf freiwilliger Basis gemeinsam** erledigt werden, eine **überörtliche Zuständigkeit durch gesetzliche Regelungen** an."

**Nutzung der Freiwilligkeitsphase von Bitburg-Land und Stadt Bitburg, um die Kooperation selbst zu gestalten**

# Vielfältige Vorteile aus einer Fusion von Stadt Bitburg und Bitburg-Land

- Das Ziel der KVR ist eine höhere Wirtschaftlichkeit und Leistungsfähigkeit von Verbandsgemeinden und verbandsfreien Gemeinden.
- Eine Option für deutliche strukturelle Verbesserungen der Verwaltungskraft ist die Fusion von Gebietskörperschaften und deren Verwaltungen
- Die Fusion von Bitburg-Land und Bitburg-Stadt würde zu hohen Synergien führen, da einerseits die Personalaufwendungen und die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen erheblich sinken würden, sowie andererseits die Leistungskraft und Flexibilität der Verwaltungen gestärkt werden würde – und all dies ohne Verlust an Bürgernähe.
- Weiterhin würden einerseits Reibungsverluste durch den lokalen Wettbewerb der beiden Gebietskörperschaften sowie andererseits die oft negativen Effekte durch die Bildung von Kragengemeinden sowie die meist nicht optimale Ressourcenallokation aufgehoben.
- Fusion verringert Komplexität auf Grund von Umsatzsteuerproblematik
- Aus ökonomischer Sicht ist daher eine Fusion der Gebietskörperschaften sinnvoll<sup>1</sup>.

1. Es gibt auch alternative Lösungsmöglichkeiten des Stadt-Umland Problems z.B. Gebührenerhebung zur Herstellung des Äquivalenzprinzips oder ein übergeordnete Finanzausgleich, jedoch hat die Fusion den entscheidenden Vorteil, dass die negativen bzw. positiven externen Effekte auf die Stadt bzw. das Land nicht beziffert werden müssen, da Entscheider/Steuerzahler und Nutznießer übereinstimmen

Quelle: Projektteam

# Verzicht auf enge Kooperation ist Verzicht auf verbessertes Leistungsangebot für die Bürger

- Verwaltungen besitzen normalerweise großes Verharrungsvermögen und scheuen die Aufgabe eigener Souveränität. Eine Fusion von Gebietskörperschaften kommt deshalb meist nur unter starkem politischen oder wirtschaftlichen Druck auf alle Fusionspartner zustande.
- Die bislang ausgebliebene Fusion der Stadt Bitburg und der VG Bitburg-Land ist ein Indiz für den geringen Druck. Im Rahmen der KVR ist keine Fusion der beiden Gebietskörperschaften vorgesehen und die Haushaltssituation von Bitburg-Stadt ist vergleichsweise entspannt.
- Dies ist jedoch vor dem Hintergrund der lokalen Interessensvertretung zu betrachten, welche Kompromisse und Zugeständnisse teils schwierig macht
- Eine vor Jahren bereits vollzogene engere Kooperation der Verwaltungen hätte seither eine leistungsfähigere Verwaltungsstruktur und damit einhergehend ein noch besseres Leistungsangebot für die Bürger bedeutet
- Daher ist es wichtig, schnellstmöglich eine engere Kooperation der Verwaltung von Land und Stadt (auch im Rahmen der Fusionen von Bitburg Land und anderen VGn im Kreis) zu initiieren und eine Fusion als langfristiges Ziel im Blick zu behalten.

# Auflösung von Bitburg-Land ist nicht sinnvoll. Deshalb auch keine Eingemeindungen von Ortsgemeinden in Stadt Bitburg


- Die ökonomischen Untersuchungen in diesem Gutachten zeigen, dass bei der Bereitstellung kommunaler Leistungen sogenannte "Skalenvorteile" bestehen. Eine Verwaltung, die für eine höhere Zahl von Einwohnern verantwortlich ist, genießt damit gegenüber kleineren Verwaltungen einen relativen Kostenvorteil.
- Daher führt eine Auflösung von Bitburg-Land zu Gunsten der umliegenden Verbandsgemeinden tendenziell zu keinen strukturellen Verbesserungen.
- Unter der Prämisse des Fortbestandes der Verbandsgemeinde Bitburg-Land kommen somit aus Gründen der Strukturverbesserung auch keine Eingemeindungen von Ortsgemeinden der Verbandsgemeinde Bitburg-Land in die Stadt Bitburg in Frage<sup>1</sup>, da Effizienzgewinne hierbei unsicher sind und die Umsetzung weitere Kosten verursachen würde.
- Die enge Kooperation zwischen Bitburg-Land und Stadt Bitburg ist ein erster wichtiger Schritt zur Schaffung nachhaltiger Kommunalstrukturen.

1. Aus theoretischer Sicht würden Eingemeindungen auch dann Sinn machen, wenn diese zu einer Reduktion des Wettbewerbs zwischen Bitburg-Land und Bitburg-Stadt führen würden  
Quelle: Projektteam

# Kooperationsmöglichkeiten für Bitburg-Land und Stadt Bitburg

## Umfassende Kooperation kann Verluste aus Fusionsverzicht reduzieren

- Weitreichende Kooperationen sind in der Lage, hohe strukturelle Verbesserungen der Verwaltungskraft zu erzielen
- Die Chancen für Kooperationsvereinbarungen steigen, wenn
  - geringe örtliche Distanz der Verwaltungen
  - hoher Wille der Führungskräfte und der Politik zur Realisierung der Kooperation
  - geringe Auswirkungen auf politischer Ebene (Räte, Ortsbürgermeister etc.)

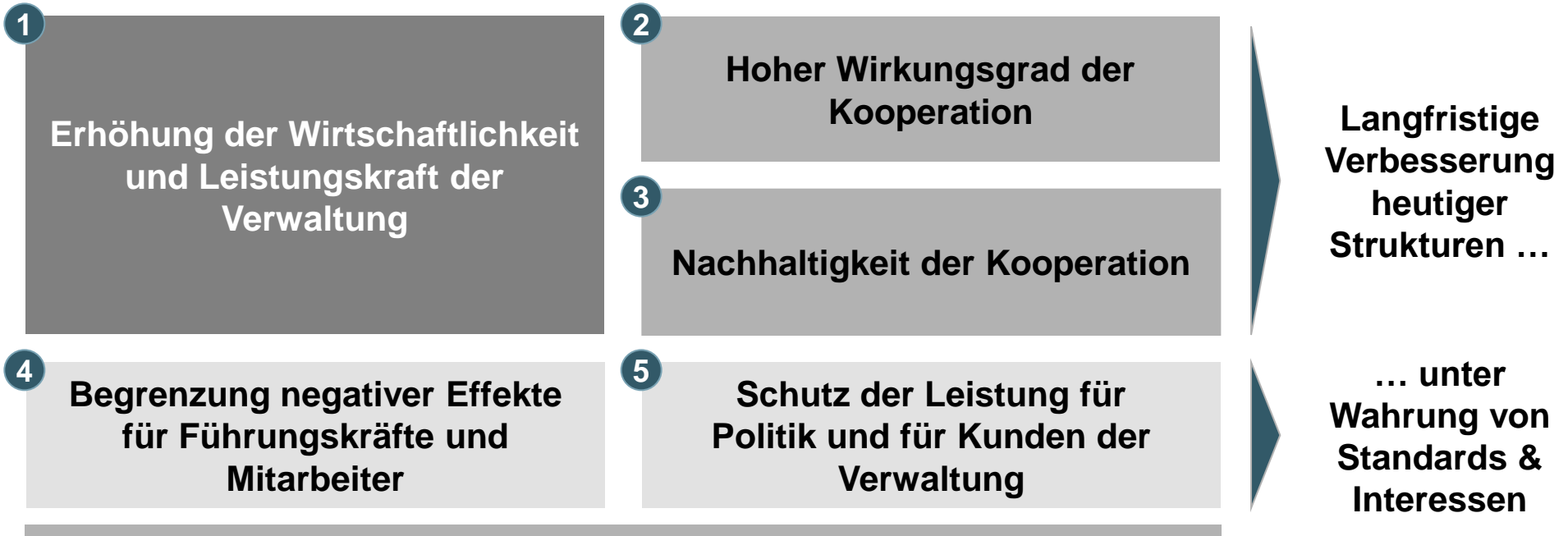
- 
- Es wird im Folgenden davon ausgegangen, dass diese Bedingungen in Bitburg erfüllt sind

**Der Fokus der folgenden Untersuchung liegt auf den Kooperationsmöglichkeiten zwischen Bitburg-Land und der Stadt Bitburg**



# Die Kooperation zwischen Bitburg-Land und der Stadt Bitburg muss mehrere Ziele vereinen

## Ziele der Kooperation



Die annähernde Erreichung aller Ziele ist nur umsetzbar, wenn zur Erlangung einer höheren Wirtschaftlichkeit speziell die Führungskräfte, Mitarbeiter sowie die Politik einen Beitrag außerhalb der Komfortzone leisten und alle Parteien die Linie einer vertrauensvollen Annäherung verfolgen

# Detaillierte Sicht auf die Ziele der Kooperation zeigt hohe Abhängigkeiten bei der Zielerreichung (1/2)

## Details zu Zielen der Kooperation

1

**Erhöhung der  
Wirtschaftlichkeit  
und  
Leistungskraft  
der Verwaltung**

- Bündelung und optimierte Nutzung von doppelt vorgehaltener Infrastruktur (EDV, Sachmittel, Geräte, Mobilien, Immobilien etc.) zur Kostensenkung
- Zukünftig effizientere Ressourcenallokation
- Höhere Qualität und höhere Schnelligkeit der Aufgabenerfüllung durch
  - Spezialisierungen und Erhöhung des Fachwissens der Mitarbeiter,
  - Austausch von Expertise und Erfahrung und
  - Optimierung der internen Prozesse
- Bessere Organisation von Vertretungsregelungen für größere Flexibilität und Verringerung redundanter Wissensvorhaltung
- Bessere Karriere- und Aufstiegsmöglichkeiten für Mitarbeiter und dadurch eine höhere Motivation und höhere Attraktivität der Verwaltung nach Außen

2

**Hoher  
Wirkungsgrad der  
Kooperation**

- Erreichung der höchstmöglichen Wirkung bei gegebenen Kosten zur Realisierung der Kooperation.
- Verfolgung eines Optimalziels bei Begrenzung der unterschiedlichen Konflikte zwischen den Bürgermeistern, den Verwaltungen, den Ratsmitgliedern und den Ortsbürgermeistern.

# Detallierte Sicht auf die Ziele der Kooperation zeigt hohe Abhängigkeiten bei der Zielerreichung (2/2)

## Details zu Zielen der Kooperation

3

### Nachhaltigkeit der Kooperation

- Schaffung von Strukturen für eine langfristige und erfolgreiche Zusammenarbeit der Verwaltungen, welche Hürden zur Kooperation abbauen und die Kooperationsabsicht sowie -möglichkeit der Verwaltungen über die Zeit stärken, z.B.
  - Unabhängigkeit der Kooperation von einzelnen Personen,
  - Verringerung der Anreize zu "Kirchturmdenken" oder
  - Förderung des Zusammengehörigkeitsgefühls der Kooperationspartner

4

### Begrenzung negativer Effekte für Führungskräfte und Mitarbeiter

- Verringerung von Stellen in der Verwaltung über natürliche Fluktuation
- Verantwortungsvolle Veränderung der Aufgaben, Anforderungen und Prozesse für die Mitarbeiter
- Bewahrung der Führungs- und Steuerungsverantwortung der Leitungsebene
- Wahrung von Sicherheit und Motivation

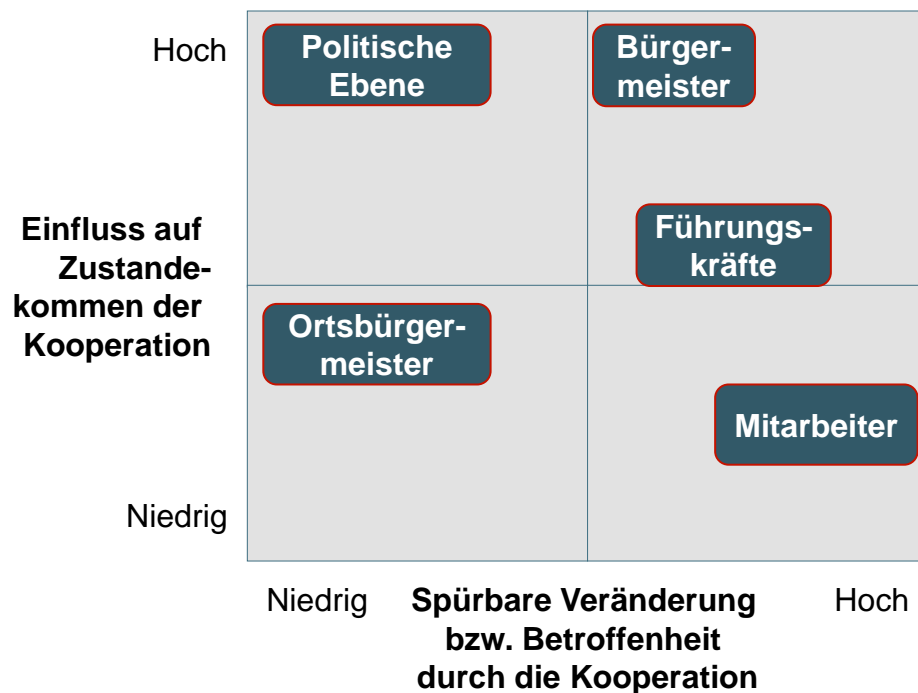
5

### Schutz der Leistung für Politik und für Kunden der Verwaltung

- Verantwortungsvolle Veränderung von Strukturen, die sich auf den Servicegrad und die Qualität gegenüber den Unternehmen, Ortsbürgermeistern oder Ratsmitgliedern positiv auswirken
- Durch die unmittelbare Nähe der bisherigen Verwaltungen ergibt sich in Bitburg kein spürbarer Verlust an Bürgernähe

# Einbindung der verschiedenen Akteure in Kooperationsprozesse ist wichtig

**Kooperationen fordern die Bereitschaft von Ratsmitgliedern und Bürgermeistern, ihren Einfluss einzusetzen. Sie fordern die Bereitschaft von Mitarbeitern und Führungskräften, die Veränderungen anzunehmen und zu steuern.**



- Bei einer Kooperation ist die Einbindung aller beteiligten Gruppen sehr wichtig, da verschiedene politische Stimmen, verwaltungsinterne Interessen sowie die interessierte Öffentlichkeit involviert sind.
- Öffentliche Aussagen und Aktionen dieser unterschiedlichen Interessensgruppen stellen häufig die Gegensätze und Konflikte in den Vordergrund, was die Kooperationsprozesse auf allen Ebenen behindert.
- Deshalb sollte die Kommunikation zwischen den beteiligten Gruppen ausschließlich auf direkten Kanälen erfolgen.

**Die politische Ebene ist von einer Kooperation wenig betroffen, hat jedoch einen hohen Einfluss. Daher sollte sie auf einer sachlichen Ebene die Kooperation begleiten und zur Erzielung einer nachhaltigen Verbesserung anfängliche Belastungen mittragen**

# Bereits heute bestehen Kooperationen zwischen Bitburg-Land und Stadt Bitburg, doch diese sind stark ausbaufähig

## Kooperationen zwischen Bitburg-Land und der Stadt Bitburg bestehen bereits ...

- Bekanntmachungswesen: Landbote
- Strukturentwicklung, Wirtschaftsförderung: Flugplatz Bitburg
- Regionalmarketing, Tourismus: Zweckverband Feriengebiet Bitburger Land
- Forst und Wald: Forst Fließem
- Brandschutz, Zivil- und Katastrophenschutz: Gemeinsame Feuerwehreinsätze, Erfahrungsaustausch etc.
- Kindertagesstätten: Kita Bitburg-Süd
- Schulen: Zweckverband "Edith-Stein-Hauptschule"
- Volksbildungswerk/Volkshochschule: Gemeinsames Programm

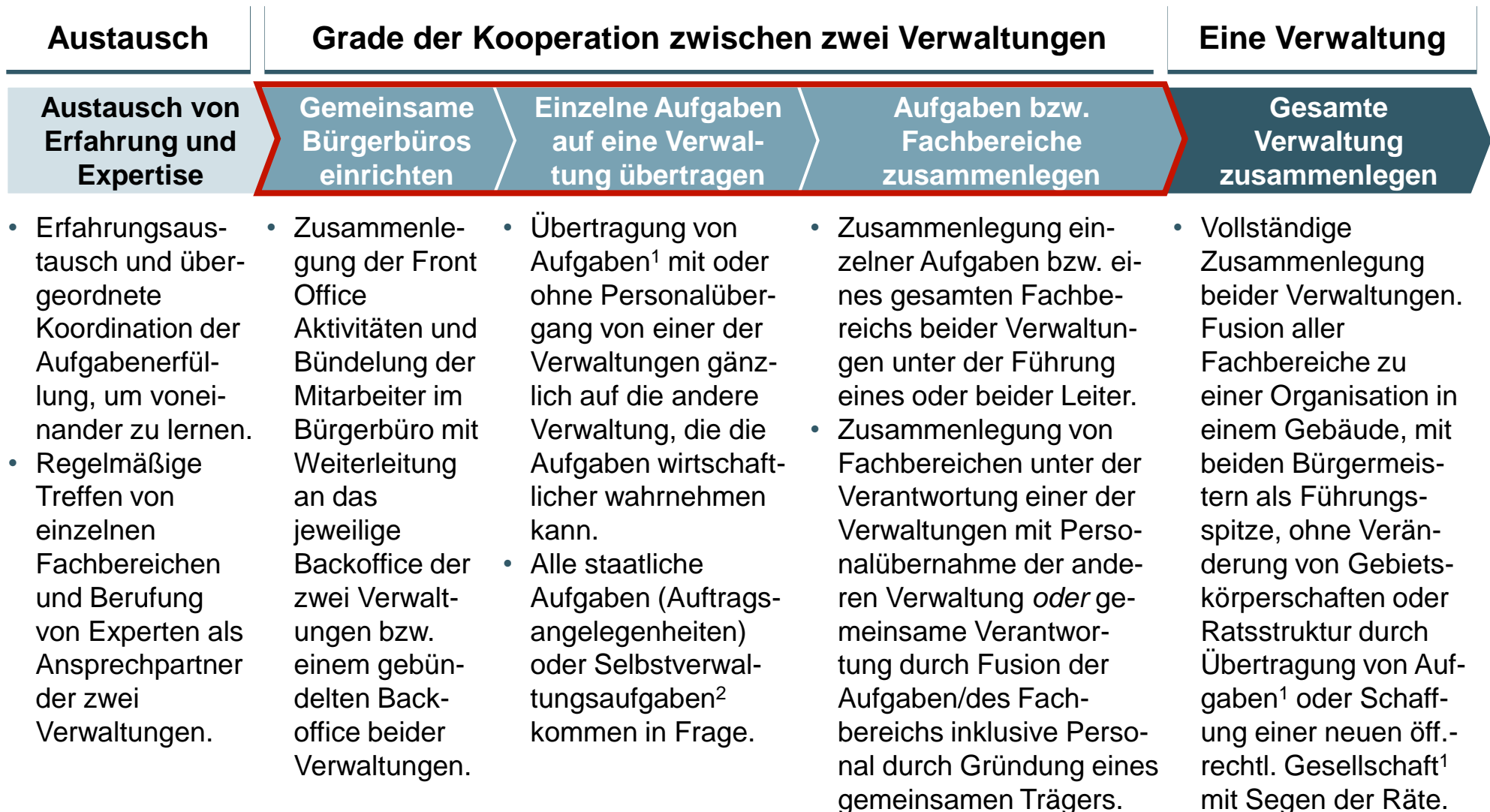
## ... und weitere Kooperationsüberlegungen sind in Planung

- Intensivere Kooperation des Volksbildungswerks und der Volkshochschule bis hin zur Fusion
- Planungen zur Schaffung eines gemeinsamen Bürgerbüros zur Zeit ohne Ergebnis
  - Konzeption des gemeinsamen Bürgerbüros wurde erstellt und Ansätze des Einsparpotenzials quantifiziert
  - Fehlende Raumkapazitäten in einer der beiden Verwaltungen zur Bündelung beider Bürgerbüros sind unter anderem Hauptgrund für das ausstehende Ergebnis einer Zusammenlegung

**Möglichkeiten der Kooperation sind bei weitem nicht ausgeschöpft**

# Verschiedene Grade der Kooperation zwischen der Stadt Bitburg und Bitburg-Land sind möglich

Möglichkeiten der Kooperation ohne Änderung der Verwaltungssitze

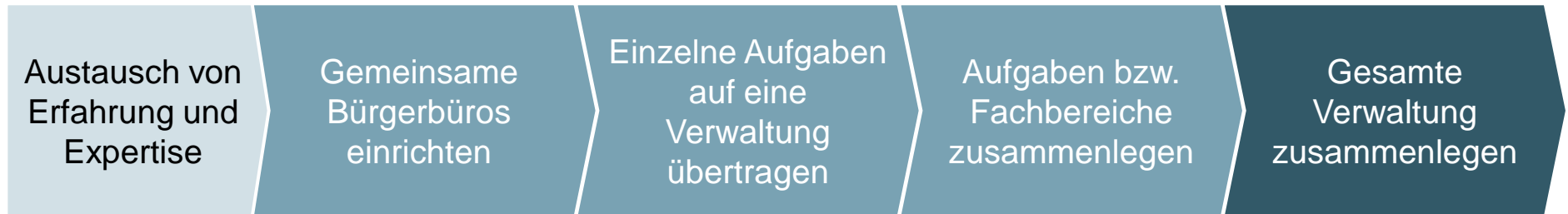


1. Regelung durch eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung oder durch Gesetz oder Rechtsverordnung (letzteres nur für die staatlichen Aufgaben) oder der Experimentierklausel im Rahmen der Kommunal und Verwaltungsreform 2. Z.B. Ordnungsrechtliche Aufgaben, Verwaltungsvollstreckungen, Einkauf, Vergaben, Personalverwaltung, Gebäudewirtschaft, Schule/Bildung, Sport/Jugend, Brandschutz, Tiefbau etc.

Quelle: Projektteam

# Verschiedene Grade der Kooperation führen zu unterschiedlicher Umsetzungskomplexität und Strukturverbesserung

Je nach Grad der Kooperation variiert die Strukturverbesserung und die damit einhergehende Komplexität der Umsetzung



Geringe langfristige  
Strukturverbesserung

Hohe langfristige  
Strukturverbesserung

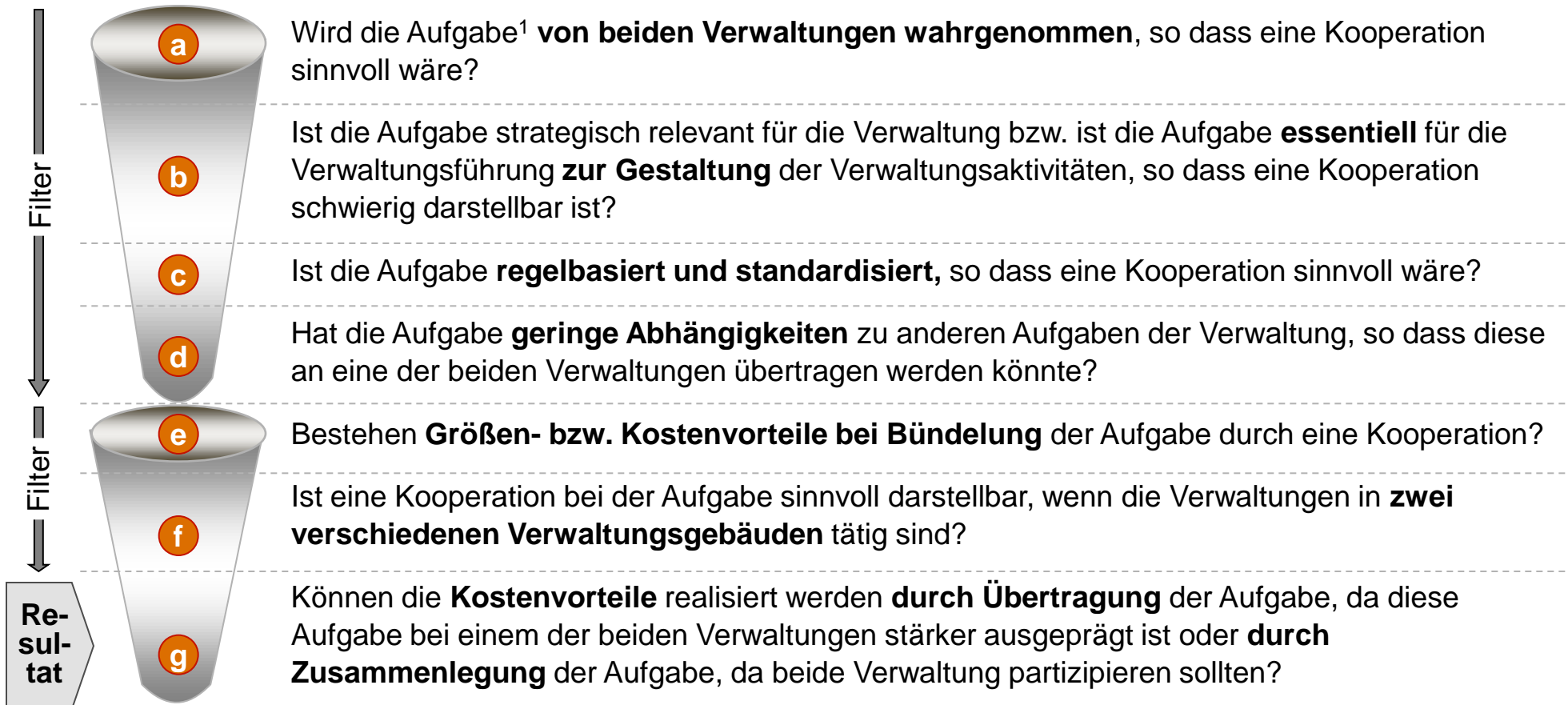
Leichte  
Umsetzung

Hohe Komplexität  
der Umsetzung

Die Umsetzungskomplexität und einsetzende negative Veränderungen werden die Verwaltung für eine gewisse Zeit belasten, doch die langfristigen Strukturverbesserungen werden dauerhaft etabliert werden können

# Aufgaben der zwei Verwaltungen werden differenziert betrachtet, um mögliche Kooperationen zu identifizieren

Die Aufgaben der Verwaltungen wurden gemeinsam mit Bitburg-Land und der Stadt Bitburg hinsichtlich einer Kooperation geprüft



1. Auch im Sinne eines Aufgabenbündels zu verstehen, z.B. der Aufgaben eines gesamten Fachbereiches

Quelle: Projektteam



# Bei Fortbestand zweier Gebietskörperschaften ist die Kooperation bei bestimmte Aufgaben eher nicht realisierbar

## Erster Filter: Ausschluss von Aufgaben der Verwaltungen

a

### Ungleiche Aufgaben der Verwaltungen

- Alle Aufgaben der Verbandsgemeinde, welche mit der Verwaltung der Ortsgemeinden zusammenhängen
- Alle Aufgaben, die originäre Aufgaben einer Gemeinde sind und von einer Verbandsfreien Gemeinde, jedoch nicht von der Verbandsgemeinde wahrgenommen werden

b

### Strategische Relevanz

- Büroleitung für die Bürgermeister
- Strategische Planung/Steuerung und Projektmanagement (z.B. Bauprojekte) für zwei Gebietskörperschaften
- Personalentwicklung u. Personalbetreuung als strategische Aufgabe
- Strukturentwicklung und Wirtschaftsförderung (Gewerbegebiete) in den Gebietsgrenzen zur lokalen Interessensvertretung

c

### Nicht regelbasiert/standardisiert

- Fast alle Aufgaben der Verwaltung, abgesehen von den strategischen Aufgaben sind regelbasiert
- Speziell jedoch die Betreuung der Gremien kann basierend auf unterschiedlichen Anforderungen von Räten, Ausschüssen etc. bzw. der Struktur des Sitzungsdienstes in Bitburg-Land und Bitburg-Stadt variieren

d

### Hohe Abhängigkeit zu anderen Aufgaben

- Kein Aufgabenausschluss, sondern Festlegung von Prämissen:
- Kooperation über Fachbereiche hinweg nur mit einheitlicher/verbundener IT Systemlandschaft/Anwendungsprogrammen
  - Bestimmte Aufgaben könnten ausgegliedert werden aus Finanzverwaltung (z.B. Abgaben, Vollstreckung), Bauverwaltung (z.B. Bauaufsicht, Tiefbau) oder Werken, jedoch sind die Abhängigkeiten innerhalb dieser Fachbereiche so hoch, dass eine gemeinsame Betrachtung der Aufgaben von Fachbereichen sinnvoller ist als singuläre Aufgabenbetrachtungen

# Hauptkooperationsfelder bei gegebenen Strukturen sind Informationstechnik, Finanzen und Auftragsangelegenheiten

## Zweiter Filter

## Resultat: Kooperationsfelder

d

### Keine Größen- bzw. Kostenvorteile bei Bündelung

- Es gibt bei den verbleibenden Aufgaben kaum<sup>0</sup> eine Aufgabe, welche nicht durch Bündelung und Größenvorteile zu Einsparungen führt
- Die Frage lautet eher, ob diese Kostenvorteile erstens bei getrennten Verwaltungsstandorten realisiert werden können und zweitens ob durch das Bestehen von zwei Gebietskörperschaften und deren Reibungsverluste die Einsparungen reduziert werden

e

### Eher nicht sinnvoll bei zwei Verwaltungsstandorten

- Recht<sup>1</sup>, Vergabe und Submissionsverfahren, Boten- u. Postdienste, Verwaltungsbücherei/Archiv
- Bauverwaltung<sup>2</sup> (Bauleitplanung, Raumordnung, Bauaufsicht<sup>3</sup>, Tiefbau/Hochbau<sup>4</sup>, Stadt- und Dorferneuerung<sup>5</sup>, Denkmalpflege etc.)

f

### Welche Kooperationsfelder können heute schon angegangen werden

- ① Informationstechnik (Infrastruktur, Software etc.) sollte schnellstmöglich vereinheitlicht und die IT Abteilung zusammengelegt werden<sup>6</sup>, um die Kooperationsbasis aller anderen Fachbereiche zu ebnet
- ② Der Bereich Finanzen (Haushalt, Finanzausgleich, Abgaben, KLR, Finanzcontrolling, Buchhaltung, Rechnungsprüfung, Kasse, Vollstreckung etc.) sollte zusammengelegt werden, da hier große Kostenvorteile und Synergien zu erwarten sind
- ③ Bürgerdienste, speziell Bürgerbüro mit Einwohnerwesen und Meldewesen sowie die Ordnungsverwaltung sollten zusammengelegt werden
- ④ Übertragung einzelner Aufgaben, die losgelöst von anderen Aufgaben zur Kostenersparnis übertragen werden könnten

0. Z.B. Personalentwicklung/Training 1. Bündelung nur sinnvoll, wenn eine der Verwaltungen Volljuristen beschäftigt 2. Zusammenlegung des gesamten Fachbereiches eher nicht möglich bei zwei Verwaltung aufgrund der teils strategischen Relevanz von Bauprojekten (Bitburg-Stadt) und der Kontaktfrequenz der Leitungsverantwortlichen zur Büroleitung/Bürgermeister sowie den Synergieverlusten bei räumlicher Trennung der Fachbereiche 3. Theoretisch zu bündeln, doch aufgrund der Abhängigkeiten zu den anderen Bereichen der Bauverwaltung nur bedingt herauslösbar 4. Komplette Aufgaben könnten z.B. an Bitburg-Stadt übertragen werden (mehr Ing.), doch durch Abhängigkeiten zu den anderen Bereichen der Bauverwaltung nur bedingt herauslösbar 5. Könnte wegen höherer Kompetenz an Bitburg-Land übertragen werden, doch geringe Masse und Einsparpotenzial 6. Führung eher durch Bitburg-Stadt aufgrund höherer Vorhaltung von IT-Kompetenz  
Quelle: Projektteam

# Kooperation durch Harmonisierung der Informationstechnologie ist essentiell für tiefere Kooperation in Bitburg

## Details zur Harmonisierung der IT-Systeme von Bitburg-Land und der Stadt Bitburg

- **Informationstechnologie** (Infrastruktur und Anwendungslandschaft) als Querschnittsaufgabe in den beiden Verwaltungen sollten gebündelt werden, denn vor allem die **Harmonisierung** der Informations- und Kommunikationstechnologie erschließt Optimierungspotenziale für eine bessere Qualität, Wirtschaftlichkeit und Geschwindigkeit der Leistungserbringung. Sie ist damit **die Grundlage für eine gemeinsame Zusammenarbeit** von Bitburg-Land und Stadt Bitburg und zwar in allen Abteilungen, nicht nur dort wo heute schon Kooperationen möglich denkbar sind.
- Informationsgewinnung und –Verarbeitung müssen nicht am gleichen Ort stattfinden. Dies erlaubt den Verwaltungen von Bitburg-Land und Stadt Bitburg eine **integrierte Zusammenarbeit** auch bei **unterschiedlichen Verwaltungsstandorten**.
- Da Stadt Bitburg eine hohe Kompetenz im Bereich IT aufweist und einen hausinternen Support vorhält, ist die Stadt eher in der koordinierenden Rolle. Da die anderen VGn, die für Bitburg-Land als Fusionspartner in Frage kommen, ähnliche IT-Anwendungen haben wie Stadt Bitburg, sollte Bitburg-Land mit Unterstützung der Stadt Bitburg die Annäherung beginnen.
- **Langfristig** führt dies zu **Einsparungen**. Mittelfristig ist der Aufwand noch zu analysieren, da der **Anpassungsprozess** Kapazitäten der Verwaltungen bindet.

# Gemeinsame Finanzverwaltung verbindet übrige Schnittstellen zwischen den Fachbereichen

## Details zur Zusammenlegung des Bereichs Finanzen von Bitburg-Land und Stadt Bitburg

- **Voraussetzung** für eine Zusammenlegung der Finanzverwaltung ist **nicht ein gemeinsamer Standort**, sondern **einheitliche IT-Systeme bzw. Anwendungssoftware**.
- Insbesondere sollten die **gesamten Aufgaben gemeinsam gebündelt** werden und **nicht singuläre Lösungen<sup>1</sup>** gefunden werden, denn die Abhängigkeiten zwischen den Aufgaben sind sehr hoch. Hierbei müssen Bitburg-Land und Stadt Bitburg ihre jeweiligen Kompetenzen in Bezug auf Prozess-Know-How und Expertenwissen gemeinsam nutzen.
- Weiterhin stellt die **Finanzverwaltung ein verbindendes Glied zwischen verschiedenen Aufgabenbereichen** der Verwaltung dar. Die Kernprozesse können am gemeinsamen „Best-Practice“ ausgerichtet werden, was die Finanzprozesse optimiert und vereinheitlicht.
- Durch den Aufbau einer gemeinsamen Finanzverwaltung, also der Zusammenführung und Integration dieser Querschnittsaufgaben von Bitburg-Land und Stadt Bitburg, können weitere **Kosten- und Qualitätsvorteile erzielt werden** – jedoch sind die **mittelfristigen Auswirkungen** zu analysieren, denn anfangs wird es zu **Mehraufwand** und Bindung von Kapazitäten kommen, welche zu zusätzlichen Personal und Sachaufwendungen führen

# Weiterer Schritt ist Einführung eines gemeinsamen Bürgerbüros und Zusammenführung der Bürgerdienste

## Details zur Zusammenlegung von Bürgerbüro bzw. Bürgerdiensten

- Beide Verwaltungen stimmen überein, dass die Bürgerdienste ein sehr gutes Kooperationsfeld darstellen. Es handelt sich größtenteils um **Auftragsangelegenheiten**. Insbesondere lassen sich durch die erhöhte Flexibilität beim Personaleinsatz **Einsparungen** erzielen.
- Die bisherigen Pläne zur **Bündelung** des **Bürgerbüros** inklusive des Einwohnerwesens und Personenstandswesens an einem Standort sind unter anderem daran **gescheitert**, dass an keinem der beiden Verwaltungsstandorte **Platz** für ein gemeinsames Bürgerbüro vorhanden ist.
- Da gegenwärtig beide Verwaltungen einen eigenen Verwaltungsstandort haben, besteht **ohne Anbau nur die Möglichkeit**, das **Bürgerbüro** inklusive des Einwohnerwesens und Personenstandswesens **an einer der beiden Verwaltungen zu bündeln**. **Im Gegenzug sollte die gesamte Ordnungsverwaltung am jeweils anderen Standort zusammengelegt werden**. So könnte der Kapazitätsengpass weitgehend kompensiert werden, wobei hier noch Detailanalysen durchzuführen sind
- Auch hier würden **langfristig Synergien** und Kosteneinsparungen resultieren, wobei die **anfängliche Umsetzungsphase** Kapazitäten binden würde.

# Einzelne Kooperationen könnten heute schon angegangen werden: Kindertagesstätten und Personalabrechnung

## Details zur Kooperation bei einzelnen Aufgaben, die losgelöst von anderen Aufgaben zur Kostenersparnis führen könnten

### Kindertagesstätten

- Bitburg-Land verfügt mit nur zwei Kindertagesstätten in der Trägerschaft der Ortsgemeinden über eine geringere Kompetenz im Bereich Kindertagesstätten als Stadt Bitburg und muss aufgrund dieser geringen Zahl an Kindertagesstätten Wissen und Ressourcen vorhalten, um vor dem Hintergrund der sich ständig verändernden Rechtsgrundlagen die Kindertagesstätten fachgerecht zu betreuen.
- Durch Übergabe der Verwaltungstätigkeit bzgl. der Kindertagesstätten von Bitburg-Land an Stadt Bitburg könnte die Kindergartenverwaltung kostengünstiger und ressourcenschonender gestaltet werden – dies kann mit oder ohne Personalübergang erfolgen, doch muss sich dies in eine Reduktion von Stellen in Bitburg-Land übersetzen, welche die erhöhten Kosten der Stadt überkompensiert.

### Personalabrechnung

- Personalabrechnung in Bitburg-Land wird zurzeit von einem externen Anbieter durchgeführt. Stadt Bitburg nimmt diese Aufgabe selbst wahr.
- Die Übertragung der Personalabrechnung gänzlich von Bitburg-Land an Stadt Bitburg wird zwar bei der Stadt zu Mehraufwand führen, doch können hierbei ohne größeren Aufwand Personal- und Sachkosten eingespart werden.
- Es muss hierbei ein Verrechnungspreis für Bitburg-Land identifiziert werden, welcher die Zusatzkosten der Stadt Bitburg deckt und die Einsparungen gegenüber dem externen Anbieter auf die Verwaltungen verteilt.

# Einzelne Kooperationen könnten heute schon angegangen werden: Beschaffung, Versicherung und Gebäudemanagement

## Details zur Kooperation bei einzelnen Aufgaben, die losgelöst von anderen Aufgaben zur Kostenersparnis führen könnten

### Beschaffung und Versicherungs- management

- Der zentrale Einkauf kann in verschiedenen Bereichen eingesetzt werden, um die Einkäufe von Bitburg-Land und Stadt Bitburg zu bündeln, wobei dies neben Sachkosteneinsparungen auch zu Personalkosteneinsparungen führen kann
- Speziell der wiederkehrende Bedarf z.B. Büromaterial und –ausstattung in der Verwaltung, Lehr- und Unterrichtsmittel sowie Ausstattungsgegenstände in Schulen, Energiebeschaffung (Heizöl etc.), Fahrzeuge und Geräte bei der Feuerwehr und auch Investitionen bei den Werken können gemeinsam angegangen werden
- Speziell die Koordinierung der Beschaffung kann durch eine gemeinsame Verantwortlichkeit in einer der Verwaltungen gebündelt werden
- Weiterhin ist in diesem Zusammenhang die Bündelung des Einkaufs von Versicherung zu sehen, wobei die Ausweitung der Kooperation auf eine gemeinsame Bearbeitung von Fällen mit einem gemeinsamen Versicherungsmanagement höhere Synergien verspricht

### Gebäude-/ Grundstücks- management

- Hierbei geht es primär um Bündelung von Aufgaben wie Gebäudebewirtschaftung (Verwaltung/Abrechnung), Reinigungs- und Hausmeisterdienste, Techn. Leistungen etc., die gemeinsam durchgeführt werden könnten ohne Abhängigkeit zu anderen Aufgaben – hier müsste eine Detailanalyse durchgeführt werden (speziell auf Grund von Überschneidungen mit Aufgaben der Ortsbürgermeister)

# Einzelne Kooperationen könnten heute schon angegangen werden: Brandschutz und VG-Werke

## Details zur Kooperation bei einzelnen Aufgaben, die losgelöst von anderen Aufgaben zur Kostenersparnis führen könnten

### Brandschutz

- Es werden bereits gemeinsame Feuerwehrrübungen durchgeführt, doch gibt es weitere Kooperationsfelder wie Beschaffung (siehe Seite zuvor), Fortbildungen und Gerätewartung, aber vor allem die Abrechnung der Einsätze, welche Einsparpotenzial versprechen – besonders die Abrechnung und Verwaltung der Feuerwehren muss nicht von beiden Gebietskörperschaften durchgeführt werden und könnte an eine der Verwaltungen übertragen werden
- Jedoch ist Ortskenntnis und Personenkenntnis notwendig, daher ist bei Bündelung der Aufgabe ein Personalübergang von Bitburg-Land auf Stadt Bitburg oder umgekehrt zu integrieren - vor dem Hintergrund der größeren Zahl an Einsätzen ist eher eine Ansiedlung in Stadt Bitburg zu favorisieren, doch dies sollte detailliert analysiert werden

### Verbandsgemeindewerke

- Da die Stelle des Werksleiters von Bitburg-Land bald aufgrund von Pension frei wird, kann als guter Start eine gemeinsame Betriebsführung der Werke von Bitburg-Land und Stadt Bitburg realisiert werden – Voraussetzung ist jedoch eine bald nach der gemeinsamen Führung zu schaffende Harmonisierung der Anwendungen der Werke
- Aufbauend auf der gemeinsamen Werkleitung können weitere Kooperationen durch den Werkleiter initiiert werden, welche so ausgestaltet werden, dass die Kostenersparnisse beide Gebietskörperschaften finanziell entlasten



# Einzelne Kooperationen könnten heute schon angegangen werden: Bauhof

## Details zur Kooperation bei einzelnen Aufgaben, die losgelöst von anderen Aufgaben zur Kostenersparnis führen könnten

### Bauhof

- Stadt Bitburg und Bitburg-Land haben sehr unterschiedliche Kapazitäten auf dem Bauhof, da Bitburg-Land nur vier Personen im Einsatz hat und die Stadt mehr als zwanzig
- Trotzdem führt eine Zusammenlegung des Bauhofes zu positiven Effekten bei der Planung des Personaleinsatzes und zu einer besseren Auslastung der Maschinen und Geräte
- Speziell für Bitburg-Land kann dies zu Einsparungen führen, denn die jetzige Auslastung der Ressourcen im Bauhof ist gering – hierfür wäre jedoch eine faire Preis- und Kooperationsgestaltung durch Stadt Bitburg zum Wohle der gemeinsamen Kooperationsanstrengungen hilfreich

# Kooperationen sind in unterschiedlichen Bereichen denkbar, doch größter Hebel ist eine gemeinsame Verwaltung

- **Kooperationen** sind wie bereits dargestellt, sowohl bei **Selbstverwaltungsaufgaben** als auch bei **staatlichen Aufgaben** (Auftragsangelegenheiten) denkbar
- Sollen die denkbaren **Kooperationen gesamthaft angegangen** werden, dann ist eine **gemeinsame Verwaltung** an einem Standort für Stadt Bitburg und Bitburg-Land eine der besten Möglichkeiten, da dadurch in vielen Bereiche, in denen mit zwei getrennten Verwaltungen keine Kooperation möglich ist, weitere Einsparungen realisiert werden können.
- Weiterhin führt eine gemeinsame Verwaltung an einem Standort in einem Gebäude
  - zu einer **höheren Wahrscheinlichkeit**, dass die **Kooperationen nachhaltig wirken**
  - zu **höheren Einsparungen** auch bei den **heute schon initiierbaren Kooperationen**
- Eine gemeinsame Verwaltung von Bitburg-Land und Stadt Bitburg würde somit zu einer besseren Ressourcenallokation, zu einer Reduktion von Kosten und gleichzeitig zu einer höheren Leistungskraft führen. Sollte im Rahmen der Fusion von Bitburg-Land mit einer anderen VG ein neuer Verwaltungsstandort bezogen werden, so muss Stadt Bitburg hierbei miteinbezogen werden und ein gemeinsamer Standort erwogen werden

**Eine gemeinsame Verwaltung kommt dem Einsparpotenzial einer Fusion am nächsten**

Anmerkung: Die Quantifizierung der Einsparungen durch eine Fusion von Bitburg-Land und der Stadt Bitburg wurde durch das Projektteam teils untersucht, doch da es sich hierbei um eine Fusion einer Verbandsgemeinde und einer verbandsfreien Gemeinde handelt, ist eine valide Aussage bezüglich der Einsparpotenziale durch die jetzige Datenlage, welche primär die Fusion von Verbandsgemeinden abdeckt, nicht möglich.

Quelle: Projektteam

# Standortkapazitäten

Bestimmung der maximalen Aufnahmekapazitäten der heutigen Hauptverwaltungsstandorte

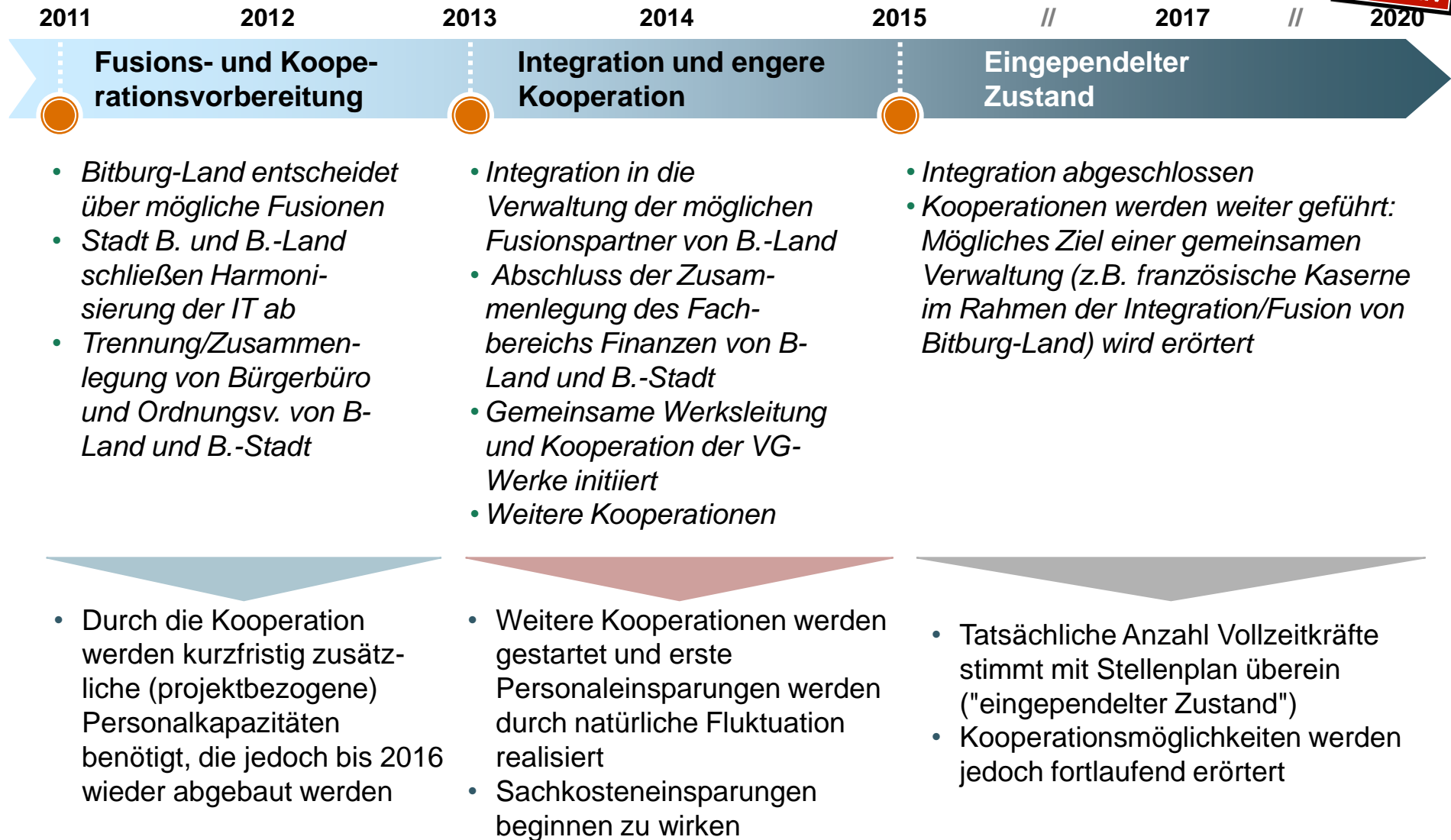
	Standorttyp	Heutige Personalstärke	Zentrale	Behinderten- gerecht	Aufnahme- kapazität <sup>1</sup>	Flächenreserven für zusätzliche Arbeitsplätze
VG Bitburg-Land	Hauptverwaltung	Etwa 65	✓	✓	min. 9	• Ausreichend Platz für einen Erweiterungsbau vorhanden
	Hauptverwaltung	70	✓	✓ Aufzug vorhanden	0	• Kaum Anbaufläche, ggf. alternative Standorte ab 2012 im Bereich US-Housing, Mötscher Straße
Stadt Bitburg	Stadtwerke	14	k.A. ?	k.A. ?	Ca. 20	• Dachgeschoß 2008 auf 10 Jahre an Offenen Kanal vermietet

**Bitburg mit alternativem Standort ab 2012 im Bereich der US-Housing/Französische Kaserne – diese Fläche könnte einer gemeinsamen Verwaltung von Bitburg-Land, möglichen Fusionspartnern und Bitburg-Stadt dienen**

Bemerkung: Die im Rahmen der Fusion zu klärenden Investitionen der VGn, Veräußerungsgewinne durch freigesetztes Anlagevermögen und Projektförderungen durch das Land sind nicht enthalten.  
Quelle: Projektteam, Verbandsgemeinden

# Stadt Bitburg muss die Kooperationen bereits bei den Fusionsanstrengungen von Bitburg-Land initiieren

Illustrativ



Bemerkung: Integrationszeit von 4 Jahren ist als Erfahrungswert als realistisch zu betrachten

Quelle: Projektteam